

9 FEB 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/27

Bonn, den 7. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Alles für Berlin !

58

Von Willy Brandt
Regierender Bürgermeister von Berlin

2

Berliner CDU-Wahlkampfmethoden

22

Was gelten die Versicherungen von Bundesministern?

3

Dringender Appell

42

Oillenauer fordert Klärung aller offener Fragen

4 - 6

Wohnungenot fördert Mietwucher

120

Wettrennen der Alt- und Neubau-Mieten

Chefredakteur Günter Markscheffel.

7. Februar 1963

Alles für Berlin !

Von Willy Brandt

Regierender Bürgermeister von Berlin

In den zurückliegenden vier Wochen hat sich die Berliner politische Szenerie verändert. Die Ursache hierfür liegt in der überraschend schnellen Verwandlung der CDU im Berliner Wahlkampf von einer Koalitionspartei zu einer Oppositionspartei kraft lautstarker Propaganda.

Tatsächlich hat sich der tonangebende Flügel der Berliner CDU mit bestimmten Kräften der Bonner CDU in der Zielsetzung verbündet, die Grundlagen jahrelanger Zusammenarbeit zu zerstören und auf Berliner Boden bundespolitisches Kleinholz zu produzieren.

Zunächst scheiterte das auf kurzgeschlossenem Dienstweg abgestimmte Manöver, die Berliner Koalition im Zusammenhang mit meiner besprochenen Begegnung mit dem sowjetischen Regierungschef zu sprengen. Danach begann ein neues Spiel mit doppelten Rollen. Während die Bonner CDU scheinkeilich erklärte, ich hätte trotz der von dort in Wirklichkeit im Senat gelegten Zeitbombe fahren müssen, versucht der Berliner CDU-Vorsitzende mit von Bonn bezahlten ganzseitigen Zeitungsanzeigen die Berliner davon zu überzeugen, daß für ihn dieser Vorgang gar nicht so entscheidend gewesen sei. In Wirklichkeit habe er schon seit langem grundsätzliche Einwände gegen die Politik des Berliner Senats.

Die Berliner CDU wird dabei gegen den Willen vieler ihrer Mitglieder und Wähler zu einer blossen Hilfstruppe der politischen Kräfte in Bonn degradiert, die weniger an Berlin als an die nächsten Bundestagswahlen denken. Für diese Kräfte soll die Berliner CDU jetzt und wohl auch nach dem 17. Februar Vorgefachte für das Jahr 1965 schlagen.

Bei dieser Taktik ist es nur konsequent, daß die Sprecher der in Opposition gegangenen Koalitionspartei fast völlig darauf verzichten, sich auf ihre Mitarbeit und Mitverantwortung im Berliner Senat zu berufen.

In diesen Wochen sind mehr als jemals zuvor Minister und Spitzenfunktionäre der CDU in Berlin. Nicht alle finden den richtigen Ton, sondern manche arbeiten gegen eine Politik der Gemeinsamkeit.

Die Berliner, die ein feines Gespür für solche Dinge haben, wissen klar zwischen blossen Wahlkämpfern und denen zu unterscheiden, die aus

selbstverständlicher Verbundenheit in kritischen Tagen oder ohne besonderen Anlass nach Berlin kommen.

Die Berliner Sozialdemokraten führen ihren Wahlkampf ohne eine demonstrative Unterstützung sozialdemokratischer Politiker aus dem Bundesgebiet. Sie brauchen aber auch seit den Tagen Kurt Schumachers den Berlinern nicht zu erzählen, daß die deutschen Sozialdemokraten durch ihr ganzes Verhalten in der Vergangenheit und in der Gegenwart entschlossen für Berlin eintreten.

Bisherige Wähler der CDU nehmen verwirrt zur Kenntnis, daß ihre Partei nach einigen Wochen des Wahlkampfes ihr Gesicht verwandelt hat und so tut, als ob sie schon immer gegen eine noch gestern gemeinsam verantwortete Politik gewesen sei. Die Berliner Sozialdemokraten führen ihren Wahlkampf weiter auf der Grundlage positiver Arbeit und Leistungen für Berlin.

Man darf jedenfalls davon ausgehen, daß die Berliner am 17. Februar freiheitlich wählen und den Mauer-Kommunisten eine vernichtende Niederlage erteilen.

Die Erneuerung der bisherigen Koalition aber ist nach diesem Wahlkampf der CDU offen. Wenn es so viele Gegensätze gibt, wie die CDU in Berlin seit zwei Wochen behauptet, dann wird sie wohl die bisherige Politik des Senats nicht mehr fortsetzen wollen. Man soll niemanden zu seinem Glück zwingen.

+ + +

Berliner CDU-Wahlkampfmethoden

Was gelten die Versicherungen von Bundesministern ?

sp - Daß ein Wahlkampf in seiner letzten Phase nicht gerade Stoff für eine erbauliche Lesebuchgeschichte hergibt, muß man als unvermeidlich hinnehmen. Härte in den Auseinandersetzungen ist oft notwendig und das kann nicht schaden. Robustheit gehört zu diesem Metier. Schlimm wird es nur, wenn der Wahlkampf in die persönliche Herabsetzung des politischen Gegners entartet; wer das tut, kennzeichnet sich selbst. Die Berliner CDU-Führung konnte der Versuchung nicht widerstehen, ihr angeschlagenes Renommee durch unqualifizierte Ausfälle gegen den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt wieder gut zu machen. Anlass dazu gab das nicht stattgefundene, von der CDU torpedierte Gespräch zwischen Brandt und Chruschtschow. Der Streit darüber beherrscht den Berliner Wahlkampf, obwohl zwei Bundesminister Willy Brandt versichert haben, das Thema des nichtstattgefundenen Gesprächs aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, hat sich über die Ministerabreden hinweggesetzt, für ihn gelten sie nicht, und so gab er das Startsignal für eine Kampagne, die Brandt treffen soll, jedoch gegenteilige Wirkungen erzielt. Am Abend des 17. Februar wird die Berliner CDU stark gelichtete Heerhaufen aufzuweisen haben. Über den Verlust vergrämter und verbitterter Wähler kann sie sich dann bei Herrn Dufhues bedanken. Schon jetzt spricht man in Berlin vom "Eigentor" des Herrn Dufhues.

+ + +

Dringender Appell

Ollenhauer fordert Klärung aller offenen Fragen

sp - Erich Ollenhauer hat in seiner Erwiderung auf den aussenpolitischen Teil der Regierungserklärung deutlich gemacht, worauf es den Sozialdemokraten in dieser Situation ankommt:

- * Die SPD will die Regierung und die Mehrheit des Parlaments
- * davon überzeugen, daß v o r der Ratifizierung des deutsch-
- * französischen Vertrages jede Möglichkeit wahrgenommen werden
- * muß, um Mißdeutungen unserer Freunde bezüglich dieses Ver-
- * tragswerkes und seiner Vereinbarkeit mit anderen von der Bun-
- * desrepublik eingegangenen Verträgen, auszuschließen.

Dazu gehört selbstverständlich auch die Beseitigung jener Unklarheiten, die durch widersprüchliche Erklärungen im Regierungslager in Bezug auf das Scheitern der Verhandlungen in Brüssel entstanden sind und nicht durch Adenauers Ausführungen am Mittwoch aus der Welt geschafft werden konnten.

In gewissem Sinne hat der SPD-Vorsitzende der Regierung und den Regierungsparteien mit diesem dringenden Appell helfen wollen, bei der nunmehr beginnenden Einzelberatung des bilateralen Vertragswerkes die notwendige Geschlossenheit der deutschen Außenpolitik zu finden. Es besteht kein Zweifel, daß es dem Regierungschef in seiner Erklärung nicht gelungen war, jene Atmosphäre wieder herzustellen, die v o r dem Scheitern der Verhandlungen in Brüssel und v o r seinem letzten Gang zu de Gaulle die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik zu a l l e n ihren westlichen Freunden bestimmt hatte.

Ollenhauer verzichtete aus diesem Grunde wohl bewußt darauf, die zahllosen und in der ganzen freien Welt öffentlich diskutierten Unabwägbarkeiten eines deutsch-französischen Alleingangs darzustellen. Daß er hierbei jedoch an die seit Jahrzehnten schon zur Tradition der deutschen Sozialdemokratie gewordene Politik der Aussöhnung des deutschen mit dem französischen Volke erinnerte, geschah, um der historischen Wahrheit gerecht zu werden.

Wie notwendig es ist, der Geschlossenheit der deutschen Außenpolitik neue Impulse zu geben, ihre unverbrüchliche Verbundenheit mit der g a n z e n freien Welt in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen, ergibt sich schon aus der von Bundestag mehrfach e i n s t i m m i g geäußerten Meinung, daß die Sicherheit des freien Teils Deutschlands, die Sicherheit Westberlins und die Lösung des deutschen Problems in Freiheit und Frieden nur im engsten Zusammenwirken mit a l l e n unseren Verbündeten gewährleistet werden kann. Schon der geringste Zweifel an der Aufrichtigkeit solcher Bekundungen, hervorgerufen vielleicht durch neu geschaffene Tatbestände, müßte zu einer hoffnungslosen Isolierung des deutschen Volkes führen.

Wird dieser Appell Ollenhauers gehört werden? Die nächsten Tage und Wochen werden uns eine Antwort auf diese Frage geben.

Wohnungsnot fördert Mietwucher

Die Situation am Wohnungsmarkt ist nach wie vor alles andere als erfreulich. Davon zeugen nicht nur die Wohnungsanzeigen in den Tageszeitungen, sondern auch die vielen dort abgedruckten Berichte. Man braucht nur eine Zeitung aufzuschlagen und schon findet man solche Beispiele, die keineswegs Einzelschicksale darstellen, die aber deutlicher als alle Statistiken und Beteuerungen der Hausbesitzerverbände und des Wohnungsbauministeriums ein Spiegelbild der Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt wiedergeben.

Die Neubaumieten sind heute bereits so hoch, daß sie den Normalverdiener schon fast nicht mehr erschüttern können, da sie für ihn völlig undiskutabel sind. Selbst die Mieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau liegen in den Großstädten schon bei etwa 3 DM pro qm Wohnfläche monatlich. Man fragt sich, was bei einer solchen Miethöhe noch "sozial" sein soll.

Die Experten sind sich längst darüber einig, daß die Mieten der Neubauwohnungen an der Grenze des Möglichen angelangt sind.

So erklärte vor kurzem der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, Siebergesell, die Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau seien mit 5 bis 7 DM monatlich an der Grenze des Tragbaren angekommen. Nach Ansicht von Hypothekenbanken seien solche Mieten auf die Dauer nicht nachhaltig zu erzielen.

Nun ist die Höhe der Neubaumieten noch einigermaßen erklärlich, wenn man die Höhe der Grundstückspreise und Baukosten betrachtet, die deutlich die Auswirkungen freier Marktwirtschaft dort zeigen, wo kein ausreichendes Angebot vorhanden ist.

Eine solche Beschränkung des Angebots wie auf dem Bausektor und dem Grundstücksmarkt wollen zweifellos auch gewisse Kreise des organisierten Miethausbesitzes bei Wohnungen verewigen. Hier bietet sich dann nämlich die Möglichkeit, für die elendeste Behausung, die hundert Jahre alt und längst abbruchreif ist, eine überschußbringende Miete zu erzielen.

Das oberste Ziel großer Teile des organisierten Miethausbesitzes ist es, die Altbaukosten an das Niveau der Neubaumieten anzuheben. Ohne jegliche sachliche Begründung, vielmehr aus reinem Gewinnstreben, sind nämlich die Mieten der Neubauwohnungen die Richtschnur für die Mieten der zu viel niedrigeren Kosten erstellten Altbauwohnungen. Bei jeder sich bietenden Möglichkeit wird versucht, diesem Ziel näherzukommen.

So beim Auszug der alten Mieter

Sofort wird die bisherige Miete beliebig erhöht, die Wohnung wird ohne Wohnungsamt - zum Beispiel durch einen Makler, so daß für den Mieter noch hohe Maklerprovisionen anfallen oder durch Zeitungsinserate - zur höchstmöglichen Miete neu vermietet. Darüber hinaus wird noch versucht, Abstandszahlungen oder Instandsetzungsdarlehen zu erhalten. Daß alsdann in den meisten Fällen nur möglichst kleine Fami-

lien - selbstverständlich ohne Kinder - bevorzugt werden, versteht sich leider von selber.

Da man bei dem bisherigen Mieter die Miete nicht wie gewünscht erhöhen kann, wird daher in immer mehr Fällen versucht, die alten Mieter aus der Wohnung herauszuekeln.

Kinderreiche sind die Leidtragenden

Wie schwierig es gerade für kinderreiche Familien ist, eine Wohnung zu erhalten, mag folgendes Beispiel zeigen:

Bei einem Rathausgespräch in Köln, das die Stadtvertretung mit Fremdarbeitern führte, erklärte ein spanischer Kellner, daß er seit zwei Jahren mit seiner Frau und vier Kindern in einem 3,80 x 1,50 m kleinen Geräteschuppen wohnt. Der Spanier hatte in dieser Zeit aber nichts unversucht gelassen, eine Wohnung zu erhalten. Trotz vieler Bittbriefe und Besuche bei einflußreichen Persönlichkeiten wollte es nicht klappen. Grund: "Kinder will keiner nehmen", klagte er. Dies müssen leider immer öfter die kinderreichen Familien erfahren. Bei der Neuvermietung von Wohnungen entscheiden nämlich nicht mehr die sozialen Momente, die Auslese wird vielmehr immer stärker über den Geldbeutel vorgenommen.

Das ergab auch eine Repräsentativbefragung, die der Deutsche Familienverband im südbadischen Kreis Emmendingen durchgeführt hat, in dem die Wohnraumbewirtschaftung wegen Unterschreitung der 3-Prozent-Grenze aufgehoben wurde: 487 Familien mit drei und mehr Kindern waren in oft nur ein oder zwei Räumen menschenunwürdig untergebracht.

Was sagen Bundesfamilienminister und Bundeswohnungsbauminister zu diesen Zuständen trotz jahrelanger öffentlicher Wohnungspolitik?

Was nützt eine Eigenheimpolitik, die trotz aller öffentlicher Förderung nicht den bedürftigsten, nämlich den kinderreichen Familien Eigentum verschafft? Gerade für die kinderreiche Familie ist das Eigenheim die ideale Wohnform! Aber wieviel kinderreiche Familien wohnen denn in einem Eigenheim? Sie sind meist nicht in der Lage, einen Eigenkapitalanteil - und sei er auch noch so gering - aufzubringen. Und diejenigen, die es schaffen, ersticken nicht selten an der Fülle der Lasten! Denn neben den für das Eigenheim aufzubringenden Lasten kommen ja die vielen Dinge hinzu, ohne die ein Eigenheim keine Freude bereitet.

Bischof ruft zu Spenden auf

Die große Wohnungsnot gerade der jungen und kinderreichen Familien in vielen Städten und Gemeinden hat auch den Bischof von Rottenburg, Leiprecht, veranlaßt, in einem Kirtenwort die Gläubigen zu einer Spende für den sozialen Wohnungsbau aufzurufen. Der Bischof hat vollauf richtig erkannt, daß es gerade für diese Familien am schwersten ist, eine Wohnung zu bekommen. Der Bischof ruft die Gläubigen zur Solidarität auf, denn man dürfe dieser Situation nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern müsse dazu beitragen, die Wohnungsnot zu lindern. Solche Hilfen können aber leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein, wirksame Hilfe kann nur der Staat leisten.

Ehret das Alter

Ähnlich wie den jungen und kinderreichen Familienergeht es auch alternden Menschen.

In einem Mietgesuch in der in Kempten im Allgäu erscheinenden Tageszeitung "Der Allgäuer" heißt es:

"Wohin jetzt im Alter?"

- Ruhiges Rentner-Ehepaar sucht Zwei-Zimmer-Wohnung mit Küche. Nach 34jährigem vorbildlichen Mietverhältnis hat der "neue" zweifache Haus- und Geschäftsbesitzer Räumungsklage gegen uns wegen "dringenden Eigenbedarf" durchgesetzt. Wir sind noch nicht "altersheimreif" und müssen eine andere Wohnung suchen. Wer hilft uns, eine solche zu finden? Mitteilung erbeten: Hans/Berta Magg, Kempten, Bodmanstraße 24a (Zentralstad).

Das ist der Dank für 34 Jahre treues Zahlen der Miete!

Viele Zuschriften erreichen uns, die gerade die großen Schwierigkeiten alter Menschen erkennen lassen, ein Heim zu finden.

Wäre es nicht eine der vornehmsten Aufgaben einer wirklich sozialen Wohnungspolitik, durch Bau von Kleinwohnungen und Appartements die sen Menschen, die für das Altersheim noch zu jung sind oder keinen Platz finden können, zu helfen?

Die Freigabe der Mieten, die ja in den "weißen Kreisen" schon ab 1. 7. 1963 erfolgt, wird dazu führen, daß Mietpreiserhöhungen in erster Linie die Familien heimsuchen, die aus irgendwelchen Gründen ohne Wohnung sind und sich um eine solche bemühen. Hier werden sich besonders für die jungen Familien, die einen Haushalt gründen wollen oder für die älteren Familien, die sich auf eine kleinere Wohnung setzen wollen, da sich die Zahl der Haushaltsangehörigen verringert hat, große Härten ergeben. Ob hier allein mit Maßhalteappellen an den privaten Miethausbesitz geholfen ist?

Die Lage an den Wohnungsmärkten (Inseraten-Auszüge)

Wohnung	Hamburg		Frankfurt		Düsseldorf		München	
	BKZ	Miete	BKZ	Miete	BKZ	Miete	BKZ	Miete
	in DM		in DM		in DM		in DM	
1-Zimmer	von 1300	bei 71	-	bei 150	500	bei 170	1850	bei 90
	bis 7000	" 105	6600	" 240	3600	" 195	4000	" 170
2-Zimmer	von 1000	bei 240	-	bei 140	-	bei 450	4600	bei 148
	bis 4650	" 130	4500	" 208	4000	" 280	6600	" 226
3-Zimmer	von -	bei 315	-	bei 550	-	bei 399	4900	bei 185
	bis 8000	" 210	6500	" 230	6000	" 245	6900	" 272
4-Zimmer	von 8500	bei 245	-	bei 480	-	bei 520	3000	bei 200
	bis 15000	" 500	10000	" 440	10000	" 500	1500	bei 350

(Entn. den Informationsdienst der "Neue Heimat")